Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 54. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 4. März 1933. | 15. Jahrgang.

Viel Klagen hört man oft erheben
Vom Hochmut, den der Große übt;
Der Großen Hochmut wird sich geben,
Wenn niedre Kriecherei sich gibt.

Bürger.

Die Reform der Privatwirtschaft als Grundlage der sozialen Volksgemeinschaft

Von A. Fischer-Henkhausen.

Fortsetzung.

Für einen Staatsmann darf es da kein Zurückweichen vor dem politischen Schlagwort geben, z. B. dem Worte „Reaktion!" Es gibt überhaupt kein ein für allemal bestes Wirtschaftssystem! In Zeiten der Zerrüttung, wie der unsrigen, muß man zur Kontingentierung der Wirtschaft übergehen, weil sie sich von selbst nicht wieder zurechtfindet, beziehungsweise erst nach fürchterlichen Katastrophen. Im übrigen haben wir zur Zeit Syndikate, Konzerne und ähnliches genug. Die Wirtschaft selbst hat sich schon nicht anders helfen können als durch freiwillige Kontingentierung. Aber die jetzige ist ein Durcheinander von Kampfgebilden, deren eines dem andern das Leben schwer macht. Das Umgekehrte wird und muß erreicht werden durch eine vom Staat geschaffene Durchkontingentierung der ganzen Wirtschaft, die dann den tausendfältigen wirtschaftsfriedlichen, weil „polaren" Wirtschaftsstrom entstehen läßt.

Die Wirtschaft findet ihre Regulierung und ihre gesicherte Basis zunächst darin, daß sie bezüglich des Güteraustausches zwischen Landwirtschaft einerseits und städtisch-industrieller Bevölkerung andererseits einen Wirtschafts-Stromkreis für sich bildet. Für diesen Kreis eigenes Geld zu beschaffen wird deswegen nötig sein, weil wir als verarmtes Volk nicht mehr als zweiprozentiges Geld akzeptieren können; dieses aber solange nicht bekommen werden, als wir uns bezüglich der angeblichen Sicherheit unserer Wirtschaft von der Ansicht des international-verankerten Kapitals abhängig machen. Das Binnengeld hätte den weiteren Vorteil, daß wir gerade soviel davon ausgeben können, wie der Austausch der Erzeugnisse verlangt. Daß also auch die Erwerbslosen soviel davon in die Hand bekommen können, wie sie zu einer auskömmlichen Lebenshaltung brauchen, denn dafür sind inländische Lebensmittel und sonstige Erzeugnisse genug zur Verfügung.

Dieses Geld vor Inflation zu schützen ist dadurch gegeben, daß man den Wert der Erzeugung kennt und über den notwendigen Austausch derselben keine Geldmittel ausgibt. — Das Binnengeld ist u. E. die einzig mögliche Wirklichkeit, die den Verbrauch (Kaufkraft der Volksmasse) sofort wiederherstellt. Es ist z. B. auch der einzig mögliche Weg, die Aufwertungshypotheken in Fluß zu bringen. Und alle guten Absichten und alles Drängen nach Siedlung würde erst durch dieses Geld zur Tat werden können. Es ist vergebliche Mühe, für dies alles das Bankenkapital anspannen zu wollen. Dasselbe gehorcht dem inneren Gesetz unserer derzeitigen Wirtschaft nicht. Es bezieht sich auf den Goldvorrat der Welt und ist durch internationale Kreditbewertung gefesselt. Es würde sich uns — auch mit 2 Prozent — zur Verfügung stellen, **wenn** unsere Wirtschaft gesichert wäre. Da wir dahin aber erst durch billiges Geld und durch eine ganz neue, den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßte Wirtschaftsform kommen können, so ist es zunächst einmal unsere Aufgabe, diese Wirtschaft zu schaffen. Sie ist unbedingt kein Experiment, da es sich um den reinen Güteraustausch handelt und nicht um Gründung einer A.-G. zur Gewinnung von Elektrizität aus der Luft oder um eine A.-G. zur Bewässerung der Sahara.

Man könnte sagen: Wenn es sich tatsächlich nur um Warenaustausch handele, daß dann auch die Finanzen der Reichsbank ausreichen müßten, denselben zu bewegen, da die Reichsbank behauptet, jeden Wechsel diskontieren zu können der sich auf Waren bezöge. — Wir sehen aber, daß die Reichsbank dem vorliegenden Problem gegenüber völlig versagt. Weder die Banken noch der Großhandel bringen es fertig, 10 Millionen Deutsche vor dem Darben zu bewahren, obgleich soviel Vorräte in der Landwirtschaft vorhanden sind (und das trotz der ihr aufgezwungenen Schrumpfung), daß diese nicht einmal zu Friedenspreisen untergebracht werden können. Die beiden eben genannten Wirtschaftsfaktoren sind eben niemals Versorger des Volkes gewesen. Sie folgen stets nur dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Daraus ist zu schließen, daß der gegenwärtige Zustand dadurch hervorgerufen wird, daß es noch einen viel zu großen Teil unseres Volkes gibt, der sich zu den derzeitigen Einkaufspreisen ausreichend decken kann. Und da die Kapazität des Großhandels mit diesem Umsatz ebenfalls gedeckt ist, so bleibt alles beim alten, und die 10 Millionen bleiben unversorgt.

Nun wäre es gewiß nicht geschickt, den noch zahlungsfähigen Teil des Volkes auf das Niveau der Erwerbslosen herunterzudrücken; obgleich man um die Angleichung der Einkommen nicht herumkommen würde, wenn es keine andere Erlösung der Erwerbslosen aus ihrer Not gäbe, als die Preise weiter zu senken. — Es gibt aber einen anderen Weg, nämlich den, das Einkommen der Erwerbslosen heraufzusetzen dadurch, daß man ihnen das fehlende Geld gibt. — Vielleicht hätte man es schon getan, wenn nicht die Angst vor einer neuen Inflation so groß wäre. — Hier handelt es sich aber um zwei ganz verschiedene Dinge: Damals entstand Inflation, weil die Volksmasse von Tag zu Tag mehr Geldumlaufsmittel in die Hände bekam, ohne daß sich die Gesamtmasse der Waren irgendwie vergrößert hätte. — Das gibt Inflation und muß immer dazu führen. — Jetzt handelt es sich darum, die Masse „Ware" unter das Volk zu bringen, was deshalb nicht vonstatten gehen will, weil 10 Millionen Deutsche nicht genügend Geld zum Kaufen haben. Das neue Geld braucht also nur den Mangel an Umlaufsmitteln zu beseitigen.

Um diese Feststellung ist gar nicht mehr herumzukommen. Selbst wenn man annimmt, daß der viel zu große Verwaltungsapparat, überhaupt der ganze sogenannte unproduktive Volksteil viel zu viel Umlaufmittel verschluckt hat, dann müßte doch längst der Zeitpunkt dagewesen sein, wo dieser Volksteil mit Geld gesättigt war, und nun ein Ueberschuß an Steuern und Zinsen dem Produktionsapparat einerseits (und dem erwerbslosen Volksteil andererseits) hätte zufließen müssen. Das Gegenteil ist der Fall gewesen, und zwar trotzdem die Steuern dauernd in die Höhe getrieben wurden, und überdies dennoch sämtliche Beamten und Angestellten seit einigen Jahren dauernd in ihren Bezügen gekürzt worden sind. Es steckt da offenbar ein ganz furchtbarer Fehler in unserer Gesamtwirtschaft, der auch mit den Reparationszahlungen nicht erklärt werden kann, denn die haben wir mit Auslandsanleihen bezahlt. — Auch sonstige Zahlungen an das Ausland dürfen hier zunächst nicht in Betracht kommen, bevor wir nicht die Ursache unserer Kapitalschrumpfung bei uns selbst gesucht haben.

Vielleicht kommt man den Dingen auf die Spur, wenn man sich einmal den normalen Ablauf eines Wirtschaftsprozesses vor Augen hält: — Dabei handelt es sich, wenn man alle Komplikationen fortläßt, immer darum, daß menschliche Arbeitskraft aus Bodenschätzen und Bodenertrag Waren, Werte, erzeugt. Diese werden zwischen landwirtschaftlicher Bevölkerung einerseits und städtisch-industrieller Bevölkerung andererseits ausgetauscht. Den Tausch vermittelt das Geld. Dabei wird Geld verdient. Es entsteht Kapital. Das Kapital wird selbst wieder produktiv, indem es gegen billigen Zins Anlage in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sucht. — Die Vorkriegswirtschaft arbeitete mit einem Zinsfuß von 3 bis 4 Prozent. Der Arbeiterlohn war damals 90 bis 150 Mark monatlich. Bei diesem Einkommen brauchte die untere Arbeiterschicht nicht zu darben, trotzdem sich auf der anderen Seite viele Milliarden mehr ansammelten als heute.

Diese Wirtschaft war in Ordnung, insofern, als von dem Pol, an welchem sich die Erzeugung und das Kapital sammelte, genügend wirtschaftliche Werte nach dem anderen Pol, den die Verbraucher (Unproduktiven) bildeten, dauernd abströmte.

Von dieser Wirtschaft unterscheidet sich nun die heutige in ihren technischen Mitteln durch nichts, insbesondere nicht in dem Kardinalpunkt, der das ganze System bestimmt, daß nämlich alles: Arbeit und Sachwerte, erst in Geld verwandelt werden, und nur durch Vermittlung des Geldes zwischen den Volksgenossen ausgetauscht werden. In genau derselben Weise verläuft auch der heutige Wirtschaftsprozeß und seine Warenströmung.

Glaubt nun jemand, er hätte an der ehemals unsozialen Wirtschaft etwas verbessert, dadurch, daß man den Unternehmern einen Arbeiterlohn von 200 bis 300 Mark abverlangt, die mehrfachen Steuern und den dreifachen Zinsfuß? — Und wenn das niemand glaubt, dann sollte sich doch die Erkenntnis allmählich Bahn brechen, daß der Fehler der jetzigen Wirtschaft in der einfachen Tatsache steckt, daß vom Erzeugerpol das Geld dauernd in zu starkem Maße nach dem Verbraucherpol (wo heute auch das Kapital!! steht) abgesogen wird, und daß es darum immer weniger werden muß. Das ist die Ursache, warum 10 Millionen Volksgenossen nicht mehr genug zum Leben haben und das Unternehmertum nichts mehr erübrigen kann.

Schluß folgt.

Ein Volk von Besitzern!

Von Dr. Rüthnick, Bremen.

Ein wichtiges Thema der inneren Entwicklung unseres Volkes wie der anderen Völker des Abendlandes ist seit etwa 100 Jahren die soziale Frage. Wie kann der krasse Unterschied zwischen Besitzenden und Besitzlosen aufgehoben oder gemildert werden? Als Industrie und Eisenbahnbau aufkamen und ins Große wuchsen, entstanden — die Rückseite des wirtschaftlichen Glanzes — Großstadt und Massenproletariat. Zahllose Menschen, jüngere Bauernsöhne und durch die Maschine verdrängte Handwerker, wurden aus der Heimat losgerissen, um Eigenheim und Garten gebracht, und in menschenunwürdigen Mietskasernen der entstehenden Großstädte freudlos zusammengepfercht. Proletarier, ohne Besitz, ohne Aufstiegsaussichten und ohne Anteil am vaterländischen Boden und an der heimischen Kultur. Bekannt ist die Ueberspannung der Arbeitsforderung, die der neu entstehende Unternehmerstand in den ersten Jahrzehnten stellte, auch an Frauen und Kinder. Das Urteil über diese Zustände wird etwas gemildert durch die Tatsache, daß die Arbeitgeber seinerzeit an sich selbst meist gleichfalls höchste Forderungen stellte, und auch für sich nichts als Arbeit kannte und dadurch Arbeitsgelegenheiten schafften für das rasch wachsende Volk.

Die Auswirkung aber war schlimm: Entseelung, Haß, körperliche Entartung. Ein preußischer Offizier, General v. Horn, war der erste, der gegen die unerträglichen Zustände Einspruch erhob und sozialen Schutz, besonders für Frauen und Kinder, verlangte. Es tut seinem Verdienst keinen Abbruch, daß sein Motiv die Sorge um den Verfall der Wehrkraft war.

Die damals auf seine Warnung getroffenen Maßnahmen reichten auf die Dauer nicht aus, um die gesundheitlichen und seelischen Schäden zu überwinden. Der Liberalismus seiner Zeit aber hatte wenig Verständnis für staatliche Eingriffe in Besitzverhältnisse; man dachte deshalb nicht daran, für den Arbeitnehmer Besitz, Aufstiegsmöglichkeit, Heimstätten zu schaffen. Nur einzelne rühmliche Ausnahmen gab es. Die große soziale Gesetzgebung Bismarcks, eingeleitet durch die berühmte Kaiserliche Botschaft von 1881, hat zweifellos die materielle und soziale Lage der Arbeitnehmer gewaltig gehoben. Aber sie konnte dem Arbeitnehmer nicht das Gefühl der Heimat und die Sicherheit des Besitzes geben. Denn seine Beiträge zu den verschiedenen Kassen gaben ihm zwar Hilfe in Notlagen, aber kein schützendes Guthaben. Auch war die Haßsaat Marx' schon zu sehr ins Kraut geschossen. Andererseits stand der Versöhnung die teils irrende, teils eigennützige Ablehnung vieler Arbeitgeber im Weg. Dazu die Geringachtung des Menschen im Arbeiter! Eine tiefe Kluft trennte den Menschen vom Menschen, und der Arbeitnehmer litt unter der stets empfundenen Abweisung. Das wurde je länger um so schlimmer. Denn in der materialistischen Zeit um die Jahrhundertwende wurde mehr und mehr der **Geldbeutel der einzige Maßstab für die Wertung** eines Menschen.

So traf der Weltkrieg ein in zwei Lager gespaltenes Volk. Die Augustbegeisterung 1914 überbrückte für Monate die Gegensätze. In der Heimat aber brach der Klassenkampf unter schwerster Mitschuld eines üblen Schiebertums bald wieder aus. Bei der kämpfenden Truppe ging die Eintracht nicht verloren. Statt des Geldes wurden **soldatische Leistung und kameradschaftliche Haltung der Maßstab für Menschenwert.** Und das ist von fortwirkender Bedeutung.

Jeder ist erfüllt von dem furchtbaren Leid des Weltkrieges, besonders für uns Deutsche. Aber die Frontsoldaten brachten auch Segen aus den Erdlöchern mit: **eben den neuen Maßstab für Menschenwert** und den kameradschaftlichen Willen, daß jeder Volksgenosse nach diesem wiederentdeckten Maßstab in der Volksgemeinschaft geachtet werden müsse. Es ist der Sinn der bündischen Bewegung überhaupt, des Stahlhelms im besonderen, diese Gesinnung zu erhalten, zu pflegen, auszubreiten und die praktischen Folgerungen daraus durchzusetzen.

So entstand die Forderung des Stahlhelms nach Entproletarisierung des deutschen Arbeiters.

Ehe der Stahlhelm in der Staatsführung mitzureden hatte, wurde die Stahlhelm-Selbsthilfe geschaffen. Ihr Grundgedanke ist, Einrichtungen zu schaffen, die dem Arbeitnehmer die gleichen Sicherungen wie die Gewerkschaften geben, ohne jedoch seine Versicherungsbeiträge, wie es in der Gewerkschaft der Fall ist, restlos aufzubrauchen. Die Beiträge werden vielmehr jedem einzelnen Arbeitnehmer in persönlich geführtem Konto gutgeschrieben! So schafft sich der Arbeitnehmer in der

Stahlhelm-Selbsthilfe einerseits Schutz für Notlagen, anderseits durch seine Beiträge ein persönliches Guthaben. Die marxistische Theorie will alle zu gleich besitzlosen Gliedern einer kommunistischen Gesellschaft machen, der Wille des Stahlhelms ist es, jedem einzelnen, der sparen will, den Weg zu Besitz und Aufstieg zu ebnen. Dazu aber ist die Macht im Staate nötig, denn ohne Staatshilfe geht es nicht. Jetzt ist durch die Berufung des Stahlhelmführers Seldte zum Reichsarbeitsminister die Bahn frei geworden, die soziale Gesetzgebung und Praxis im Geist der Frontkameradschaft und der Stahlhelm-Selbsthilfe neu zu beleben.

In diesem Sinne wird der neue Reichsarbeitsminister seine Aufgabe anpacken. Er sagte zu seinen Stahlhelmkameraden vor zwei Jahren: „Ohne ein Sparguthaben kann ich mir kein anständiges deutsches Leben vorstellen!" Und weiter: „Ich selber stehe der Arbeiterfrage menschlich nahe. Ich bin in meiner Ausbildung selbst Arbeiter und Kesselheizer gewesen, habe jahrelang unter Arbeitern gelebt und ihre Denkensart bis in die kleinsten Fasern verstehen gelernt. Das hilft mir heute besonders, daß ich mir leicht ein Urteil bilden kann, wenn Arbeiterfragen, so wie jetzt die Stahlhelm-Selbsthilfe, zur Behandlung kommen. . . Ich widerspreche absolut der Auffassung, daß nur links die Möglichkeit wäre, das Sehnen des deutschen Arbeiters zu erfüllen. **Ich vertrete für diese Arbeiterkameraden die Forderung nach Besitz und Eigentum.** Wenn Sozialismus und Kommunismus die Beseitigung des Privateigentums anstreben, dann stehen wir auf dem diametral entgegengesetzten Standpunkt, wir sind der Auffassung, daß schon die erste gesparte Mark Besitz ist, und daß sich letzten Endes um diesen Begriff Besitz, Eigen, alles bewegt, Kultur, deutsche Sitte, eigene Scholle, Heimat, und daß von der Heimatliebe der Weg führt zur Vaterlandsliebe."

Wer als Arbeitnehmer diese Ideen durchdenkt, wird der neuen Gesinnung im Reichsarbeitsministerium mit Vertrauen entgegensehen. Der Anfang ist der kameradschaftliche Geist, der den neuen Wertmaßstab für den Menschen nie aus dem Auge verliert. Die Durchführung aber wird in der Richtung liegen, Arbeit zu beschaffen, für Sparmöglichkeiten zu sorgen, zu siedeln und die Kolonien zurückzugewinnen. So wird der Klassenkampf überwunden werden. Das große Endziel aber ist ein Volk von Besitzern.

Der Alkoholverbrauch 1931/32.

Der Alkoholverbrauch ist im Rechnungsjahr 1931/32 weiter zurückgegangen. Die Entwicklung seit dem Jahre 1928/29, das den Höchststand der Nachkriegszeit aufweist, zeigt die folgende Aufstellung:

	Bier hl	Branntwein hl rein. Alkoh.	Wein hl
1928/1929	54 925 000	871 517	3 172 068
1929/30	58 078 000	480 473	2 949 646
1930/31	48 560 000	443 471	3 461 093
1931/32	37 094 000	409 314	3 366 240

Die Gesamtausgaben unseres Volkes für Alkohol betugen 1928/29: 4 978 Millionen; 1929/30: 4 797 Millionen; 1930/31: 4 291 Millionen; 1931/32: 3 326 Millionen Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung errechnet betrugen die Ausgaben in den gleichen Jahren: 79,—; 74,82; 66,51; 51,26 Mark.

des Volkseinkommens belaufen, ein Beweis dafür, daß nicht die Höhe der Alkoholsteuern, sondern das Einkommen das Entscheidende ist.

Für Tabak wurde im Jahre 1931/32 insgesamt 2 242 130 000 Mark ausgegeben. Alkohol und Tabak zusammen kosteten 5 568 077 000 Mark.

Tag der erwachenden Nation.

Um den Sinn des 5. März.

Deutschland erwache! Erst vereinzelt, dann immer lauter und immer stärker wurde dieser Ruf in das deutsche Volk hineingetragen von denen, die die Sorge um Deutschland um den „Schlaf" gebracht hatte. Wer es mit angesehen hat oder mit dabei war, wenn junge Menschen niedergeknüppelt oder auseinandergetrieben wurden um dieses Rufes willen, der weiß die Bedeutung des 30. Januar als eines Tages von historischer Bedeutung zu würdigen, der weiß, daß dieser Tag nicht der Tag eines „Parteiensieges" ist, der weiß, daß dieser Tag die Voraussetzung zum Tag der erwachenden Nation geschaffen hat, wie er wohl mit dem 5. März endgültig in die deutsche Geschichte eingehen wird.

Freilich, wer im Lauf der letzten Jahre vom sicheren Port aus diesem Kampf gemächlich zuschaute oder ihn gar belächelte, der mag auch wohl heute noch mit tausend „Wenn und Aber" beiseite stehen und nicht begreifen können, was mittlerweile geschieht.

Eine neue Welt will werden
geistgeboren!
Die sie nicht begreifen können,
sind die Toren.
Was sie sehen, sind die Wehen, die vergehen.
Doch genesen werden wir nicht an dem, was einst gewesen!
Zukunftsfroh und sicher bau'n
wir den starken deutschen Bund
auf dem Kreuze! Und wir schau'n
Neuland schon auf seinem Grund.

Eine neue Welt will werden! Nicht ein Regierungswechsel findet statt, sondern ein neues Kapitel der deutschen Geschichte wird angefangen! Nach dem Hinwegräumen der Trümmer des Zwischenreiches von 1918 beginnt der Bau des Dritten Reiches. Nicht mehr die verantwortungslose Mehrheit wird die Stunde beherrschen, sondern Menschen mit Führerwillen, die wieder ihrem Gott, ihrer Nation und ihrem Gewissen verantwortlich sein wollen.

Nicht mehr das Weltgewissen und die Weltvernunft wird zur Hilfeleistung angerufen, sondern der deutsche Mensch, der sich freimacht von allen Illusionen, besinnt sich wieder auf die eigene Heimaterde und auf die eigenen Seelenwerte.

Nicht mehr nach Osten oder Westen schauen wir aus, ob Hilfe käme, sondern nach innen und nach oben richten wir den Blick! Der 5. März wird wie kaum in der Geschichte den Aufbruch der deutschen Nation zeigen, so gewaltig, weil es noch nie technisch möglich war, die Menschenmassen mit dem Führerwort so unmittelbar zu erreichen, wie es jetzt durch den Rundfunk möglich ist. Waren es früher die Freiheitsfeuer allein, die mit ihrem Lichtschein die innere Verbundenheit gleichgesinnter Menschen verkündeten ins Land hinaus, so ist heute der Lautsprecher, die Aetherwelle der beflügelte Bote des deutschen Geistes geworden. Der Appell Adolf Hitlers an die deutsche Nation, den er am 4. März von Königsberg aus sendet, wird wohl die gewaltigste Kundgebung sein, die einen Kampfabschnitt des Werbens und Ringens um die deutsche Seele abschließen wird, die tber auch gleichzeitig einleiten wird den Kampfabschnitt, den die Nation am 6. März beginnt, wenn sie mit Schwert und Kelle das Fundament ihrer Zukunft legt.

Wer die Wehen der Zeit nicht begreift, wer nur rückwärts schaut, dem mag der Tag belanglos erscheinen, wer die Wahl für überflüssig hält, weil doch genug geredet worden ist, der weiß nichts von der Macht des richtenden und neuformenden Wortes als einer erzieherischen Macht, die an sich Tat ist, weil sie ja Volkwerdung der Nation bedeutet. Nicht Diskussionen über Programme brauchen wir jetzt, sondern Kräfte, ein gutes Programm zu gestalten. Männer machen wieder einmal Geschichte, deren Worten man es abspürt, daß sie aus der Vollmacht eines geschichtsbildenden Geistes heraus reden. Wohl ist ihre Sprache scharf und klar. Eine harte Rede, wer mag sie hören? Stößt man damit nicht dem Gegner vor den Kopf statt ihn zu gewinnen? Nie kann Einigkeit werden, wenn zwei Weltanschauungen, die sich wie Feuer und Wasser gegenüberstehen, um des sogenannten Friedens willen sich einen. So wie die wahre Christusbotschaft ihr hartes Entweder-Oder kennt, entweder verloren oder gerettet, so muß auch die Botschaft an das deutsche Volk, wenn es um seine eigene Zukunft geht, ein hartes Entweder-Oder sein! Untergang im bolschewistischen Blutrausch oder Aufbau auf christlich-nationaler und sozialer Grundlage, etwas anderes gibt es heute nicht mehr, selbst wenn es eine liberale Mittelgruppe noch ernsthaft wollte.

Mit dem jungen Deutschland sind eben andere Kräfte emporgestiegen, die sich nicht mehr nach alten politischen Idealen formen lassen. Dieses junge Deutschland will keine Neuorientierung in dem Sinne, daß nunmehr bei der älteren Generation, soweit sie noch in beamteter Leiterstelle ist, eine grenzenlose Heuchelei einsetzt, weil nun neue Machthaber da sind. Nein, das junge Deutschland schaut ihnen ins Herz und durchschaut sie mit einem Blick. Aber gerne ist es auch bereit, dem aufrichtig die Hand zu reichen, der seine falsche Frontstellung erkennt und durch doppelte Arbeitsleistung im Dienste der Nation wiedergutmachen will, was er ihr im Dienste eines falschen Weltbegriffes an Schaden zugefügt hat.

Wer uns „Romantiker" nennt, um der Glut unserer inneren Anteilnahme willen, die nicht mehr zur „Neuen Sachlichkeit" paßt, der soll wissen, daß die starken Kräfte, die eine Nation vorwärtstreiben, nie aus dem kalten Intellekt kommen. Wir haben im August 1914 nicht gefragt, ob es vorteilhafter sei, abzuwarten und zurückzustehen, ob nicht zu Hause ein guter Posten frei würde, wenn die andern draußen stünden, sondern wir haben uns eingesetzt mit Leib und Seele für die Freiheit der Nation. Und wir haben uns 1918 oder 1920 nach der Rückkehr aus Gefangenschaft nicht auf den Boden der gegebenen Tatsachen gestellt, sondern sind wider den Strom geschwommen, der Deutschland mit marxistischem und internationalem Gift zu überschwemmen drohte. Und wir haben im Kerntrupp der jungen Generation, ein jeder an seinem Platze, die Flut zurückgedrängt, und wir werden sie auch gänzlich aus dem deutschen Lebensraum hinaus drängen, nachdem unsere Führer die Macht im Staate besitzen. Wenn wir darum am 5. März zur Wahl gehen, dann sind wir nicht müde, wieder einmal zu wählen. Was ist der Gang zur Wahlurne im Vergleich zu den Gängen auf Tod und Leben, die wir um Deutschlands willen oft gegangen sind? Wir jüngsten der deutschen Frontgeneration bitten daher die alte Generation, auch wenn sie uns nicht ganz versteht, nur um eins: Schenkt den Männern, die Deutschlands Fronten hielten, euer Vertrauen! Gebt denen das Mandat, die sagen: Verantwortungsvolle Persönlichkeit und nicht Demokratie, Rasse und nicht Internationale, Wehrgedanken und nicht Pazifismus, Gottesglauben und nicht Gottlosigkeit! Das Maß an Kritik, Ablehnung sei nicht Kennzeichnung des eigenen Wesens, sondern entspreche dem Maß an positiven Kräften, die ein neues Geschlecht fähig ist einzusetzen. Und seid eingedenk, daß das Versagen der jungen Kräfte das letzte Hindernis sein würde, das auch euer Lebenswerk vollends vor Zerstörung bewahrte. Und wenn ihr vermeint, doch eurer alten „Partei" treu bleiben zu müssen, so reißt euch

Das Vordringen der lateinischen Schrift.

Von Paul Hundt.

Der Streit darüber, welche Schrift wir zuerst und vorherrschend, womöglich gar ausschließlich, gebrauchen sollen, die deutsche (Fraktur) oder die lateinische (Antiqua), ist alt. Die Freunde der lateinischen Schrift haben seinerzeit sogar den Reichstag in Bewegung gesetzt, damit er sich der Abschaffung der deutschen annehme. Noch immer gebrauchen wir ja in Druck und Handschrift die deutsche; ob aber häufiger als die lateinische, das ist beinahe schon zweifelhaft, denn die Verwendung der lateinischen hat in den letzten 30 Jahren und besonders nach dem Kriege gewaltig zugenommen.

Den Gebrauch der lateinischen Schrift steigerte namentlich die Schreibmaschine. Welche Behörde, welcher Geschäftsmann schreibt noch Briefe mit der Hand?! Und fast alle Maschinen sind für lateinische Schrift eingerichtet. Die deutsche will sich nicht einbürgern. Woran liegt das? Technische Hindernisse sollte es im Zeitalter der Technik doch auf die Dauer nicht geben. Wir suchen doch jedes Gerät, jedes Verfahren auf höchste Vollkommenheit zu bringen. Vielleicht ist der Grund, weshalb wir an der lateinischen Schreibmaschinenschrift festhalten, der, daß wir sie mit der Maschine aus dem Ausland übernommen haben, statt diese „ins Deutsche zu übersetzen", mit deutscher Schrift auszustatten. Die Schreibmaschine jedenfalls bringt ungeheuer viel lateinische Schrift in die Behörden, in die Geschäftswelt, und dadurch ins Volk überhaupt.

Ein zweiter wichtiger Grund für die Zunahme der lateinischen Schrift ist geschäftlicher Art. Die Verleger von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen meinen, um des Absatzes im Auslande willen müßten sie lateinisch drukken; das könnten die anderen Völker leichter lesen. Aus Geschäftsrücksichten haben schon lange manche Zeitungen den Handels- und Börsenteil lateinisch gedruckt. Das tun selbst Ortsblätter, von denen vielleicht nie ein Stück im Auslande gelesen wird. Nun mag man gewiß unser Auslandsgeschäft in dieser schweren Zeit soviel wie möglich zu fördern suchen, aber dieser „Geldbeutelgrund" beruht doch in der Hauptsache auf dem alten deutschen Erbübel der Liebedienerei gegen das Ausland. Mit ihm fochten die Lateinfreunde schon vor dem Kriege. Nachher begünstigte ihn der Umstand, daß weite Kreise unseres Volkes zu jeder Nachgiebigkeit und Gefälligkeit gegen die anderen Völker neigten und alle Betonung deutscher Besonderheit vermieden wissen wollten. Mehrere Zeitschriften und Zeitungen gingen unter dem Einfluß dieser Stimmung zum lateinischen Druck über.

Endlich begegnet uns die lateinische Schrift jetzt an Stellen, wo man sie früher nicht benutzte, nämlich in den Ueberschriften von Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätzen, in Schlagzeilen usw. Das ist Mode geworden. Während sonst in der Kunst und im Handwerk sich in den letzten Jahrzehnten der Grundsatz Geltung verschaffte, daß nur das sinnvoll und einheitlich gestaltete Erzeugnis schön ist, handelt man im Schrifttum so wenig sinnvoll, daß man deutsch gedruckten Aufsätzen Ueberschriften in lateinischen Buchstaben gibt. Das wirkt wie ein Mann im Bürgerrock mit einem Soldatenhelm auf dem Kopfe oder wie ein Soldat mit dem Zylinderhut. Gutem Geschmack mißfällt die Zusammenkoppelung von Schriftzeichen verschiedenen Geistes. Das Umgekehrte trifft man m. W. in unseren Zeitschriften und Zeitungen nicht an: Deutsche Ueberschriften über lateinisch gedrucktem Text; aber vielleicht kommt auch das bald in Mode.

Eine Mode mitzumachen beruht immer auf einem guten Teil Gedankenlosigkeit. Nicht anders als gedankenlos kann man es nennen, daß völkische Bünde und Verleger sie in ihren Zeitschriften und Zeitungen den deutschen Schriftsatz mit Ueberschriften und Schlagzeilen in lateinischen Buchstaben durchsetzen, daß sie den für Deutsche bestimmten Handelsteil lateinisch drucken, und daß in ihren Anzeigen ohne Not die lateinische Schrift mehr gebraucht wird als die deutsche. Deutschbewußtsein spricht jedenfalls nicht daraus.

Nun halten die Freunde der lateinischen Schrift den andern nicht ungern immer wieder vor: „Wir kennen keine deutsche Schrift. Was ihr so nennt, ist eine Mißbildung — — —", und dann folgt der bekannte „kurze Abriß über die Entstehung der Fraktur aus der Antiqua". Aber solche vermeintliche wissenschaftliche Folgerichtigkeit hat kein Recht. Was würden die Altschriftler sagen, wenn man von ihnen verlangte, die gleiche Forderung auch hinsichtlich der Sprache zu erfüllen? Nämlich, daß sie statt der aus dem Lateinischen stammenden sogenannten Lehnwörter nur noch die lateinischen Wörter selbst gebrauchen. Jene müßten sie doch auch als „Mißbildungen" abtun und z. B. statt Mauer nur noch murus sagen, statt Ziegel nur noch tegula, statt Pferd paraveredus. — Die Bruchschrift ist seit Jahrhunderten bei uns im Gebrauch und von uns zu den heutigen Formen ausgebildet worden. Sie ist eingedeutscht wie die Lehnwörter und wie unzähliges andere in Kunst, Wirtschaft und Staatsleben, was wir von fremden Völkern übernommen haben. Wir haben sie für unser Auge schön und bequem gestaltet und haben ihr unser Wesen aufgeprägt, indem wir die kalte Steifheit der lateinischen Schrift in freundliche, anheimelnde Bewegtheit wandelten.

Aber selbst wenn sie an Schönheit und Lesbarkeit der lateinischen Schrift nicht überlegen wäre, so müßten wir sie dennoch mehr gebrauchen als diese, eben weil sie die unsere ist. Glücklicherweise hat kein sogenannter Friedensvertrag uns verboten, sie zu gebrauchen. Neben unserer Sprache ist sie in der Welt noch unser festester, nicht von fremden Feinden angefochtener Besitz. Angefochten wird sie eben nur — von Deutschen, die sie zugunsten der allerwelts-lateinischen vernachlässigen oder gar abgeschafft wissen möchten. Der Freund der deutschen Schrift verachtet die lateinische keineswegs. Er gebraucht sie auch, aber nur, wo es wirklich nötig ist. In allem, was nur oder vorwiegend für deutsche Leser bestimmt ist,

diesmal los aus alter Gewohnheit, ihr steht am 5. März nicht für oder wider eine Partei, sondern für oder wieder das junge Deutschland, das nicht um sein Lebensrecht betrogen werden will, das noch einmal will, glaubt und hofft, daß es nun endlich wieder vorwärts und aufwärts geht!

Georg Wehnert.

Am Grabe Friedrichs des Großen

Die erste Sitzung des neugewählten Parlaments in der Garnison-Kirche zu Potsdam

Berlin, 3. März.

Die erste Sitzung des neugewählten Reichstags wird nach einem Beschluß, den das Reichskabinett am Donnerstag faßte, in die Potsdamer Garnisonkirche einberufen werden. Die eigentlichen Arbeitssitzungen dürften in einem anderen Gebäude abgehalten werden, doch ist eine Entscheidung darüber noch nicht getroffen. Eine Tagung im Reichstagsgebäude wird erst nach vielen Monaten in Betracht kommen, da die Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten geraume Zeit in Anspruch nehmen werden.

Das Reichskabinett hat weiterhin eine Reihe wirtschaftlicher Beschlüsse gefaßt. So ist beschlossen worden, Hilfsmaßnahmen für die ausgesprochenen Notstandsgebiete einzuleiten. Der Bevölkerung in diesen Gebieten werden kostenlos Lebensmittel zur Linderung der großen Not zugeführt. Es kommen die bekannten Notstandsgebiete in allen Teilen des Reiches in Betracht, so Oberschlesien, Thüringen, Bayerischer Wald, Ruhrgebiet, Berlin, Königsberg usw.

Das Kabinett befaßte sich weiter mit der Haltung der Auslandspresse und beschloß, gegen hiesige Vertreter der Auslandspresse, die in böswilliger Art gegen die Reichsregierung hetzen, vorzugehen. Ferner hat das Kabinett das Verbot über die Beflaggung von Dienstwohnungen aufgehoben.

Außerdem beschäftigte sich das Kabinett mit dem Schutz der landwirtschaftlichen Veredelungserzeugung und insbesondere mit dem Gebiet des Fettmarktes. Hierüber fand eine eingehende Aussprache statt.

Schließlich wurde auf Beschluß des Kabinetts der Abgeordnete und Chefredakteur Stampfer vom „Vorwärts" wegen einer von ihm unterzeichneten Erklärung im Sozialdemokratischen Pressedienst zur Vernehmung in Haft genommen.

Die Frage der Presseverbote

Die Befugnisse von Reichsregierung und Landesregierungen.

Zu dem Ersuchen der Reichsregierung an die Länderregierungen betreffend Zeitungsverbote wird von zuständiger Reichsstelle folgendes mitgeteilt: „Die Frage von Zeitungsverboten ist grundsätzlich Sache der Landesregierungen. Wenn aber heute die Reichsregierung an eine Länderregierung das Ersuchen richtet, eine bestimmte Zeitung zu verbieten, und die Landesregierung leistet diesem Ersuchen keine Folge, so würde der § 2 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat in Anwendung kommen, da die zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung nötigen Anordnungen nicht getroffen worden seien. In einem solchen Fall würde also das Reichsinnenministerium das Verbot unmittelbar verfügen können."

Die Feier in Königsberg

„Der Tag der erwachenden Nation."

Berlin, 3. März.

Die Glocken des Königsberger Doms und aller ostpreußischen Kirchen werden am Sonnabend die große Feier der erwachenden Nation einleiten, die mit der Rede des Reichskanzlers Adolf Hitler ihren Höhepunkt erreichen wird. An der Königsberger Feier werden große Teile der ostpreußischen Bevölkerung teilnehmen.

Im Rahmen der Feier ist ein Vorbeimarsch der Nationalsozialisten und der nationalen Verbände am Königsberger Krönungsschloß geplant. In dem Zuge werden Abordnungen aus Danzig und dem Memelland vertreten sein. Die Grenzstadt Marienburg entsendet eine Abordnung in dem historischen Gewand des Deutschen Ritterordens. Die Kundgebung wird von Königsberg aus durch Rundfunk auf alle deutschen Sender übertragen.

Ebenso wie an der gefährdeten Ostgrenze werden auch auf allen Rhein- und Moselhöhen von Köln bis Schaffhausen am Vorabend der Reichs- und Landtagswahl die Freiheitsfeuer der nationalen Erhebung aufflammen. Ueberall in Deutschland wird die nationale Front große Kundgebungen und Fackelzüge veranstalten.

Flaggenerlaß in Preußen

Nur die Landesfarben Schwarz-Weiß, am Volkstrauertag auch Schwarz-Weiß-Rot.

Berlin, 3. März.

Die Kommissare des Reiches in Preußen haben folgende Verordnung über das öffentliche Flaggen erlassen:

Beflaggung der staatlichen und kommunalen Dienstgebäude sowie der Gebäude der öffentlichen Schulen erfolgt in den Landesfarben schwarz-weiß, soweit nicht in Einzelfällen besondere Anweisung ergeht. Gemeinden, die bisher Flaggen in eigenen Farben führten, dürfen diese neben den Landesfarben zeigen. Unberührt bleibt das Recht der Religionsgesellschaften zum Zeigen eigener Kirchenflaggen.

Inhaber von Dienst- oder Mietwohnungen in staatlichen oder kommunalen Gebäuden jeder Art dürfen in ihren Wohnungen weder kommunistische noch marxistische Flaggen zeigen. Hingegen ist das Zeigen von Fahnen der hinter der Regierung stehenden nationalen Verbände gestattet.

Daneben haben die Kommissare des Reiches für die Beflaggung am Volkstrauertage (12. März) besondere Bestimmungen getroffen. An diesem Tage sind sämtliche staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, die Gebäude der Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie die Gebäude der öffentlichen Schulen in den Landesfarben schwarz-weiß halbmast zu beflaggen.

Zu Ehren der Toten des Weltkrieges, die ihr Leben unter der Flagge schwarz-weiß-rot dahingegeben haben, sind am Volkstrauertage neben den Landesfarben schwarz-weiß Flaggen in den Farben schwarz-weiß-rot zu setzen, soweit solche bei den Behörden vorhanden sind oder ohne besondere Kosten beschafft werden können.

Reichsrat im Auswärtigen Amt

Schärfste Mißbilligung der Reichstagsbrandstiftung.

Berlin, 3. März.

In der gestrigen Reichsratssitzung, in der Staatssekretär Dr. Pfundtner den Vorsitz führte, und die im Bundesratssaal des Auswärtigen Amtes in der Wilhelmstraße stattfand, teilte der Vorsitzende zunächst mit, es bestehe die Hoffnung, daß man bereits in wenigen Wochen, also vielleicht schon bei der nächsten Sitzung wieder in den Reichsratssaal des Reichstags zurückkehren könne.

Er stellte weiter die Einmütigkeit des Reichsrats dahin fest, daß er die Brandstiftung auf das schärfste mißbillige und seinerseits erwarte, daß dieses Verbrechen mit allen Mitteln geahndet werde.

Der Reichsrat erledigte sodann eine Reihe von Personalien. An Stelle des jetzt Regierungspräsident gewordenen Ministerialrats Dr. Sommer wurde der preußische Ministerialdirektor Dr. Landfried zum Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost bestimmt.

Die nächste Sitzung des Reichsrats soll, falls dringliches Material vorliegt, in der übernächsten Woche stattfinden.

Die schamlose französische Presse.

Scharfe Kritik des „Giornale d'Italia" an der Havasmeldung über den Reichstagsbrand.

Rom, 2. März. Das halbamtliche „Giornale d'Italia" führt aus, daß das Wiedererwachen des deutschen Nationalgefühls nicht überall verstanden werde. Mit Recht beklage sich die deutsche Presse darüber, daß die französischen und englischen Blätter den Ernst der kommunistischen Bedrohung und die Notwendigkeit der vom Reichspräsidenten getroffenen Maßnahmen nicht zu begreifen schienen. Wirklich überraschen müsse, daß die Agentur Havas sich nicht geschämt habe, eine Meldung weiterzugeben, in der die Brandstiftung im Reichstage einem Agent provokateur zugeschrieben werde. Man brauche sich nicht zu wundern, wenn in den nächsten Tagen in den französischen Zeitungen zu lesen sei, daß der Innenminister Göring selbst den Reichstag angezündet habe. Die deutsche Presse könne aber hoffentlich mit Genugtuung feststellen, daß kein italienisches Blatt eine ähnliche Haltung eingenommen habe.

Deutsches Konsulat beschmiert

Brüssel, 3. März.

Das Gebäude des deutschen Konsulates in Lüttich wurde nachts bis zu einer Höhe von zwei Metern mit roter Farbe und mit revolutionären Aufschriften beschmiert. Außerdem sind die Initialen KPD. und das kommunistische Hammersichelzeichen auf der Wand angebracht worden. Die Polizei hat nunmehr Schutzmaßnahmen für das Konsulat durchgeführt.

Gegen den Altonaer Senator Kirch, ist wegen der von nationalsozialistischer Seite erhobenen Korruptionsbeschuldigungen ein förmliches Disziplinarverfahren eingeleitet und Kirch vorläufig vom Amte suspendiert worden.

Potsdam

Der neue Reichstag, den das deutsche Volk am kommenden Sonntag wählt, wird an historischer Stätte eröffnet werden. Ein Zusammentritt im Reichstagsgebäude selbst ist seit dem Tage der Brandstiftung ausgeschlossen, da einerseits nach den verfassungsrechtlichen Bestimmungen die Eröffnung des neuen Parlaments spätestens am 30. Tage nach der Wahl erfolgen muß, während andererseits die Instandsetzung des zerstörten Plenarsaals erst in monatelanger Arbeit bewältigt werden kann. Das Reichskabinett mußte daher über einen anderen Tagungsort Beschluß fassen, und das beschleunigt, weil mit der technischen Vorbereitung der Reichstagseröffnung nicht mehr lange gewartet werden kann.

Die Entscheidung ist denn auch sehr rasch gefallen. Das Reichskabinett hat beschlossen, die Reichstagseröffnung in die Potsdamer Garnisonkirche zu verlegen!

Der neue Reichstag wird sich also an einer Stätte versammeln, die in der deutschen oder preußischen Geschichte wiederholt eine große Rolle gespielt hat. In den Gewölben der in den Jahren zwischen 1731 und 1735 gebauten Garnisonkirche steht der Sarg mit den Gebeinen des Großen Friedrich. In einer Novembernacht des Jahres 1805, am Vorabend der deutschen Tragödie, haben hier König Friedrich Wilhelm III. und der russische Kaiser Alexander I. einen Freundschaftsbund geschlossen, und ein Jahr später stand der erste Napoleon in der Garnisonkirche am Grabe Friedrichs des Großen, wobei er zu seiner Umgebung die Aeußerung getan haben soll: „Meine Herren! Nehmen Sie den Hut ab. Wenn der noch lebte, stünden wir heute nicht hier."

Ob diese Aeußerung wahr oder erfunden ist, ist nicht so wichtig. Tatsache ist aber, daß, als Deutschland nach der Katastrophe von Jena sich wieder auf sich selbst besann und auf den Staat des Großen Friedrich, die französische Fremdherrschaft sehr bald hinweggefegt worden war! Von den neuen Männern, die am Sonntag gewählt werden, erwartet das deutsche Volk, daß auch sie sich als treue Diener des Staates betätigen und bewähren werden. Durch das ganze deutsche Volk geht ein Sehnen nach Freiheit und Wiederaufstieg. Lange genug hat die Not auf uns gelastet und die Seele bedrückt, jetzt ist die Zeit gekommen, um die Grundlagen zu legen zu einem neuen Deutschland, das, innerlich gesund und in der Welt geachtet, den Weg findet aus dem Jammertal von Versailles heraus.

Wenn der Reichskanzler am Sonnabend von Königsberg aus, nach einem Flug über den polnischen Korridor hinweg von Ostpreußen aus sich nochmals an die Nation wendet, wenn die nationalsozialistische Bewegung den Sonnabend als den „Tag der erwachenden Nation" begehen will, wenn alle Parteien äußerste Kraftanstrengungen entfalten, dann zeigt alles das, daß es diesmal um mehr geht als um eine bloße Neuwahl. Es gilt, eine Entscheidung zu treffen, die so oder so die Epoche fortwährender Neuwahlen abschließt und Zeit schafft für eine ungestörte und konsequente Arbeit im Dienst an Volk und Staat. Das Wahlrecht ist in dieser Situation eine Wahlpflicht. Wenn Fragen von schicksalhafter Bedeutung zur Entscheidung stehen, dann darf niemand der Wahlzelle fernbleiben, sondern dann ist es notwendig, das Wahlrecht auszuüben, um so durch die Stimmabgabe die Zusammensetzung des neuen Reichstags und damit die Fortentwicklung der deutschen Politik zu beeinflussen.

Wenn nicht alles täuscht, wird der Appell an die Wähler, wie er diesmal stärker als je zuvor von allen Parteien hinausgegangen ist, die Partei der Nichtwähler stark reduzieren. Man rechnet in politischen Kreisen für die Reichstagswahl am 5. März — der zweiten Märzwahl zum Reichstag übrigens, da seit der Wahl zum ersten Reichstag des Kaiserreichs am 3. März 1871 im März noch nicht wiedergewählt worden ist — mit einer ungewöhnlich starken Wahlbeteiligung. Berücksichtigt man, daß die Zahl der Wahlbeteiligten gegenüber der letzten Wahl im November ohnehin wesentlich größer ist und nach den amtlichen Feststellungen am Wahltage etwa 44,9 Millionen Deutsche im Besitz des aktiven Wahlrechts sein werden, dann ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Reichstagsabgeordneten die 600 wieder überschreiten und auch den bisher größten Reichstag vom 31. Juli 1932 mit 608 Abgeordneten noch hinter sich lassen wird.

Hat nun die Unterbringung der 608 Abgeordneten der Reichstagsverwaltung schon ernste Schwierigkeiten gemacht, dann wird die Unterbringung der Mitglieder des neuen Reichstags in der Potsdamer Garnisonkirche erst recht keine Kleinigkeit sein. In politischen Kreisen nimmt man jedoch an, daß der neue Reichstag in der Garnisonkirche nur eine Eröffnungssitzung abhalten und dann in ein anderes Gebäude übersiedeln wird, sofern das neue Reichsparlament nach Erledigung der Eröffnungsformalitäten und nach Entgegennahme der Regierungserklärung sich nicht sofort auf längere Zeit vertagen sollte. Das Kabinett Hitler fordert bekanntlich, wie sich aus den Reden des Kanzlers und seiner Mitarbeiter immer wieder ergeben hat, für die Durchführung seines Programms eine Zeitspanne von vier Jahren. Es ist also anzunehmen, daß die Reichsregierung unter diesen Umständen die parlamentarischen Debatten möglichst einschränken will, um so einen glatten Verlauf seiner Arbeiten sicherzustellen.

Was die Eröffnungssitzung selbst betrifft, ist es fraglich, ob überhaupt alle Mitglieder der neuen Volksvertretung an der Sitzung in der Garnisonkirche teilnehmen werden. So ist davon die Rede, daß die kommunistischen und die sozialdemokratischen Abgeordneten den Verhandlungen möglicherweise fernbleiben werden. Klarheit darüber wird sich natürlich erst gewinnen lassen, wenn die neuen Fraktionen versammelt sind. Für Fraktionsberatungen stehen in Potsdam die staatlichen Gebäude in der Nähe der Garnisonkirche zur Verfügung.

Erfreulich bei der Neuwahl des Reichstages ist noch, daß es jetzt das erste Mal in der Nachkriegszeit ist, daß der Wähler die auf dem Stimmzettel um seine Stimme werbenden Parteien in den meisten Wahlkreisen an seinen zehn Fingern abzählen kann. Nie zuvor ist seit der Staatsumwälzung eine auch nur annähernd so geringe Anzahl von Parteien in den Wahlkampf gezogen. Immer waren es an die zwei Dutzend Parteien und mehr. Zweifellos hat sich seit den letzten Wahlen im deutschen Volke eine gründliche Abkehr von den Splitterparteien geltend gemacht. Diese Entwicklung hatte zur Folge, daß diesmal neben den gänzlich aussichtslosen Splittern in einer Anzahl von Wahlkreisen auch die Parteien fehlen, die vorübergehend eine gewisse Rolle spielten.

schreibt und druckt er deutsch. Fremdwörter reichlich zu gebrauchen gilt als ein Zeichen ungenügender Bildung; vorwiegend lateinische Schrift zu benutzen, sollte man ähnlich bewerten; es zeugt von Geringschätzung deutscher Eigenart und von Gleichgültigkeit gegen deutsche Ueberlieferung. Es ist noch lange kein „übertriebener Nationalismus", der deutschen Schrift den Vorrang zu geben und zu wahren. Aber es ist alles andere als würdig und lobenswert, das Eigengut unserer deutschen Schrift gering zu achten.

Neue Bücher

Bei Gelegenheit des sich wieder jährenden Geburtstages von Vater v. Bodelschwingh (6. 3. 1831) weisen wir auf zwei kleinere kürzlich erschienene Biographien, geschrieben von dem Leiter der Theologischen Schule in Bethel, D. theol. W. Brandt, hin.

Die erste, erschienen bei Aschendorff in Münster in Westfalen (von dem Verlag ist der Preis mit 0,75 Mk. leider zu hoch angesetzt) gibt trotz der Kürze dem nachdenkenden Leser viel, indem sie das Lebensbild unter den Gegensatz des Gestaltetwerdens und des Gestaltens stellt, dabei aber die Größe zeigt, die beides umfaßt und beiden Sinn gibt, nämlich den lebendigen Gott, der in die Geschichte stellt und jedesmal von neuem selbständigen Gehorsam fordert.

Sehr volkstümlich gehalten ist das Büchlein, das in der Reihe „Wagnis mit Gott", Agentur des Rauhen Hauses, Hamburg, sehr preiswert für 60 Pfennig kartoniert, 95 Pfennig fein gebunden zu haben ist. Hier wird in der Einleitung als leitender Gedanke gesagt, daß man in Bodelschwinghs Leben diesem Menschen wie einem Freund begegnet, den man nicht wieder vergessen kann. Ein bisher noch nicht veröffentlichter Brief zeigt uns den starken Eindruck ,welchen Bodelschwinghs Arbeit in Paris auf Fernerstehende gemacht hat.

W..m.

Das Verbot der Berufsheere

Der Genfer Beschluß für Deutschland nicht bindend.

Genf, 3. März.

Die unmittelbar die deutschen Interessen berührende Frage, ob in Zukunft neben dem von Frankreich vorgeschlagenen Milizsystem auch Berufsheere zugelassen werden sollen, wurde im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz im französischen Sinne entschieden. Der Hauptausschuß beschloß, daß Berufsheere oder über die vorgesehene kurze Dienstzeit hinaus dienende Truppenbestände verboten werden. Als Ausnahmen für eine längere Dienstzeit sind lediglich diejenigen Truppenbestände zugelassen, die nach dem französischen Plan im Rahmen der einzelnen Nationalarmeen für das internationale gemeinsame Vorgehen des Völkerbundes gegen einen Angreifer zur Verfügung stehen sollen. Die Frage, ob somit in Zukunft die Reichswehr neben einem allgemeinen Milizsystem gestattet wird, ist auf der Abrüstungskonferenz in abschlägigem Sinne entschieden worden.

Dieser Beschluß kann die deutsche Delegation in keiner Weise binden. Der deutsche Vertreter hat eine Generalreserve gegen den französischen Gesamtplan eingelegt und betont, daß eine Diskussion für die deutsche Delegation erst möglich sei, wenn die Bedenken dagegen beseitigt seien, die besonders in Beziehung auf das Material beständen.

Verzicht auf Gewaltanwendung

Zustimmung des politischen Ausschusses.

Genf, 3. März.

Der politische Ausschuß hat die Erklärung über Verzicht auf Gewaltanwendung angenommen. In der Erklärung verpflichten sich die europäischen Staaten, in der sie sich zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens sich feierlich verpflichten, künftig auf jegliche Gewaltanwendung in ihren gegenseitigen Beziehungen zu verzichten. Der deutsche Vertreter hat sich für die Annahme der Erklärung ausgesprochen, weil sie ganz in der Linie unserer grundsätzlichen Haltung liegt.

„Abrüstung"

Erhöhung des englischen Armeehaushalts um über 20 Millionen Mark.

London, 2. März. Die Voranschläge für den englischen Armeehaushalt im Jahre 1933/34 sind 1462 Pfund höher, als im laufenden Finanzjahr. Sie betragen 37 950 000 Pfund gegenüber 36 488 000 Pfund im jetzigen Haushalt. Die Erhöhung ist in der Hauptsache auf die veranschlagten Mehrausgaben für die Territorialarmee und die Reservestreitkräfte (plus 739 000 Pfund) sowie für Kriegsmaterialausrüstung (plus 437 000 Pfund) zurückzuführen.

Die Kämpfe in Jehol

Auch die Städte Lingyuan und Tschienping von den Japanern besetzt. — Die Pässe noch in chinesischer Hand?

Peking, 3. März.

Nach erbittertem Gefecht besetzten die japanischen Truppen am Mittwoch die Stadt Lingyuan bei dem Paß gleichen Namens, wo die rechte Flanke der chinesischen Verteidigungslinie liegt. Mit Tschihfeng und Lingyuan in der Hand sind die Japaner nunmehr im Besitz der Schlüsselpunkte der Provinz Jehol. Der Vormarsch nach der Hauptstadt Tschende wird nur noch als eine Angelegenheit von wenigen Tagen betrachtet.

Die Chinesen berichten allerdings, daß der eigentliche Paß von Tschihfeng, der über 3 Kilometer lang ist, noch nicht in den Händen der Japaner sei. Die chinesische Verteidigungslinie sei im ganzen südwestlichen Gebiet trotz scharfer Angriffe und schwerer Bombardierung noch unversehrt. Weitere japanische Abteilungen haben die den beiden Pässen vorgelagerte Stadt Tschienping besetzt. Die Chinesen scheinen noch allerletzte Anstrengungen zur Rettung Jehols zu machen.

Die neuen Hilfsmaßnahmen

40 000 Zentner Butter und 700 000 Zentner Roggen für die notleidende Bevölkerung.

Berlin, 3. März.

Die Reichsregierung hat in Ausführung der Kabinettsbeschlüsse angeordnet, daß rund 40 000 Zentner Butter und 700 000 Zentner Roggen unentgeltlich vom Reichsernährungsministerium der notleidenden Bevölkerung dieser Notstandsbezirke alsbald geliefert werden. Arbeitslose und sonstige Hilfsbedürftige sind es, denen die neue Aktion zugute kommen wird. Daneben sollen auch die Bauern in den besonders notleidenden Waldgebirgsgemeinden, in denen Brotgetreide nicht angebaut wird, Mehl aus Roggen erhalten.

Die Hilfsmaßnahmen werden in Verbindung mit Ländern und Gemeinden durchgeführt werden. An diese liefert das Reich unentgeltlich die genannten Lebensmittel. Der einzelne Unterstützte würde also lediglich die entstehenden Unkosten (z. B. Backlohn und Mahllohn) zu tragen haben.

Wieder ein kommunistischer Feuerüberfall auf SA.

Ein Toter, etwa zehn Verletzte.

Hamburg, 2. März. Am Billhorner Röhrendamm kam es am Donnerstag abend zu einem neuen Feuerüberfall auf einen Fackelzug der NSDAP., in dessen Verlauf ein Toter und eine große Anzahl Verletzter — etwa zehn — zu beklagen waren.

Die Polizeipressestelle Hamburg teilt dazu mit: Bei dem heute abend von der SA. veranstalteten Propagandamarsch duch Hammerbrock kam es an der Kreuzung Vierländerstraße—Billhorner Röhrendamm—Lindleystraße zu einem Feuerüberfall auf die Spitze des Zuges. Es wurde aus Häusern geschossen. Ein etwa 70jähriger Mann erlitt einen tödlichen Kopfschuß am Fenster. Ferner ein 29jähriger Seemann, der dem Zuge zugeschaut hatte, einen Oberschenkelschuß. Die Ordnungspolizei schritt ein, erwiderte das Feuer und hatte in wenigen Minuten die Ordnung wieder hergestellt. Auf einem Hausdach wurden zwei geladene Karabiner gefunden und beschlagnahmt. Eine Anzahl Personen wurde verhaftet. Der Propagandamarsch konnte nach kurzer Unterbrechung wieder fortgesetzt werden.

Die amerikanische Währungskrise.

Besprechung zwischen Hoover und Roosevelt über Maßnahmen zur Ueberwindung.

Washington, 2. März. Im weißen Hause fand am Donnerstag eine eingehende Besprechung zwischen Hoover und Roosevelt über Notmaßnahmen zur Bekämpfung der Bankenkrise statt. Die Lage wird allgemein als so ernst angesehen, daß Hoover entgegen seinen bisherigen Plänen beschlossen hat, am Sonnabend nicht mit dem Dampfer „Pennsylvania" zu verreisen, sondern vorläufig noch mehrere Tage in Newyork zu verbleiben.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß Roosevelt und seine Mitarbeiter unter dem ungeheuren Druck der Krise ein Notgesetz entworfen haben, wonach die Bankdepositen durch die amerikanische Regierung garantiert werden sollen. Hoover soll diesem Notgesetz zustimmen. Beabsichtigt ist, daß der alte Kongreß das Notgesetz noch innerhalb der ihm verbleibenden 48 Stunden annehmen solle. Im weißen Hause dürfte die Art der Garantie entschieden werden. Einige befürworten eine Vollgarantie bis zu einer bestimmten Höchstgrenze, andere dagegen eine 50prozentige Regierungsgarantie für alle Depositen.

Diskonterhöhung in den Vereinigten Staaten.

Newyork, 2. März. Die Bundesreservebank hat den Diskontsatz von 2,5 auf 3,5 v. H. erhöht. — In den Staaten Oregon und Nevada sind nunmehr ebenfalls Bankfeiertage eingeführt worden.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde in Bethel.

Samstag 19,10 Uhr Beichte und Abendmahl in Zion, Pastor Voigt u. Wkm. Sonntag 8½ Uhr Passionsgottesdienst, Pastor Merz. 9 Uhr Pastor Wilmanns. 10 Uhr Pastor Bischoff. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Dienstag und Donnerstag 19,30 Uhr Passionsgottesdienst, Pastor Merz.

Zur Konfirmation

Das neue Gesangbuch

zu neuen herabgesetzten Preisen

Evangelische Ernst Moritz Arndt-Buchhandlung

Inh. **Erich Drzenski, Bielefeld**

Bahnhofstraße 22 . (gegenüber der Lützowstraße)

Nordsee! Insel **Amrum!**

„Seeheim" Christliches Erholungshaus Volle Pension 4.— bis 4.50 RM.

Privatkinderheim Paulsen. Von 60.— RM monatlich an. Fordern Sie Hausprospekte durch den Besitzer der Heime

Gemeindevorsteher Paulsen, Nordseebad Norddorf.

Sämereien für Garten und Feld

Obstbäume, Beerensträucher beste Sorten

Rosen u. Stauden in guter Auswahl

Dahlien, Knollengewächse

Ziersträucher, Heckenpflanzen

Nadelgehölze, Schlingpflanzen

Preisliste gern auf Wunsch

und sonstige **Gartenartikel** bietet an die

Gärtnerei der Anstalt Bethel

bei Bielefeld

Moderne

AUGENOPTIK

Lieferant sämtlicher Krankenkassen

ERNST MÜNCH, OPTIKER

Brackwede * Ruf 2426

Kein Konfirmand darf ohne Lebenswegweisung bleiben!

Wählen Sie darum für den Gabentisch

Bücher von Prof. Lic. Paul Sturm

Im Ringen um Wahrheit

Inhalt: Von brennenden Glaubens- und Lebensfragen. Vom Knaben zum Mann. Von Liebe und Ehe. 128 S. RM 2,80. Geb. RM 3,80.

Urteile: Licht in überraschender Fülle bereitet sich über alle Lebensfragen aus, über die tiefsten, religiösen zuerst, dann über die fast noch einschneidendere geschlechtliche, die mit der hier notwendigen Klarheit und Feinfühligkeit zugleich angefaßt wird. (Dr. Planck). Voll tiefer Religiosität und starkem Drang nach Klärung und Erkenntnis. (Univers. Prof. Dr. Messer). Jedem jungen Leser bleibt viel Leid erspart. (Ein Student). Was durch Rede zu leisten ist, ist hier geschehen. (Univers. Prof. Dr. E. Spranger).

Gomenland

Schritte ins Licht 7. Tsd.

Aus dem Inhalt: Was das Leben ist. Ueber die Sorgen und über den Sorgen. Einsamkeit und Gottesgemeinsamkeit. Neue Kraft. Jugendziele - Lebensziele. Getröstetes Leid. Friede mit Gott. Gedichte. 100 S. RM 1,50, geb. RM 2,—.

Urteile: Sturm hat die besondere Gabe, nie zu langweilen. (Evg. Mark). Zeichnet sich durch völliges Fehlen eines „erbaulichen" Tones aus. (Pastoralblätter). Das ist etwas zum Vorlesen (D. K. Hesselbacher). Hier schreibt ein Berufener unserer Jugend. Entscheidendes und Letztes. (Rettungsbote)

Lach auf

Kleine Kapitel der Zeit voll Scherz und Ernst. 2 Bände, 132 und 143 S. je RM 2,80. Geschenkband je RM 3,80, Gesamtband RM 6,—. Inhalt des 1. Bandes: Fräulein Bampel. Das Tränenschüsselchen. Der Mostapfel. Pferderat. Meister Frosch beim lieben Gott. Der Flügelflossenhirsch. Die Weltenraumrakete. Fahnenstangennot. Der heilige Bürokratius. Von Bußels Täpplein. Törichte Wünsche. Die Wunderinsel im Bodensee. Inhalt des 2. Bandes: Die Mimi-Maus. Das Autorädelemädele. Schnee-Wittchen. Butzi, die Fensterscheibe. Der Kakakaka. Deutschstunde bei Prof. Kots. Anneliese bei Dr. Blindheimer. Der angerührte Strumpf. Die vereitelte Hochzeit. Seine Regimenz.

Urteile: Ich habe Tränen gelacht (Hauptlehrer Schmitt). Ich habe nie gern Bücher gelesen; aber „Lach auf" hat mich eines Bessern belehrt. (Oberinspektor Roth). Nach Form, Inhalt und Straffheit Kabinettstücke. (Amtmann Würtz). Da gibts viel zu lachen; aber hinter dem Spötter steckt ein nachdenklicher Kritiker unserer Zeit. (Sonntagsbote). Das Besondere dieser lustigen Bücher ist, daß man sie am Familientisch mit Kindern lesen und belachen kann. (H. Harder). Sturm plaudert mit dem Humor, hinter dem der Todesernst steckt, der des wirklichen Humors Hintergrund ist. (Christdeutsche Stimmen).

Solche guten Bücher sind nie überflüssig. Ihre Ausstattung entspricht dem gediegenen Inhalt. Ansichtssendung bereitwilligst.

Verlag Franz Tafel, Karlsruhe

Waise, 34 Jahre alt, sucht

Stellung

als **Wäscheplätze** oder **Beschließerin** neue Wäsche nähen, ausbessern, etwas Hausarbeit wird mit übernommen. — **Elisabeth Hennig, Hornstorf b. Wismar (Mecklb.)**



31.50 RM monatlich für ein eigenes Haus!

durch ein unkündbares Tilgungs-Darlehen n. Zuteilung. Sicherste Geldanlage bei der größten Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot in Ludwigsburg. 13666 Eigenheime in D. u. G. mit über 200 Millionen Reichsmark finanziert. Prospekt 58 kostenlos.

Ingenieur-Schule Lage Automobilbau Flugzeugbau Maschinenbau Elektrotechnik Heizungsbau Lippe-Detmold

Lehrerfamilie auf dem Lande (Lippe) sucht zum 1. April christl., fleißiges

Mädchen,

nicht über 18 Jahre alt, für Haus u. Garten. Bewerbungen unter 3144 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Hausmädchen

gesund, für Heim, sauber, zuverlässig und fleißig, möglichst schon in größerem Betrieb tätig gewesen, zu sofort oder 15. 3. nach Bielefeld gesucht. Bewerbungen mit Zeugnis und Bild unt. A 3146 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Evangelische Haushaltungsschule

Ortenburg bei Passau (Niederbayern)

Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule für Mädchen von 14—16 Jahren. Hauswirtschaftliche Frauenschule für Mädchen von 17 Jahren ab.

Schule in herrlicher Lage am Wald, gesundes neuzeitliches Haus mit großem Garten. Gründlicher hauswirtschaftlicher Unterricht durch staatlich geprüfte Lehrkräfte. Gelegenheit zur Weiterbildg. in Sprachen, Musik und Stenographie. Sorgfältige Erziehung in evangelischem Geiste. Leitung: Augsburger Diakonissen. Beginn des Kurses nach Ostern. Pensionspreis einschließlich Schulgeld 600 RM jährlich. Prospekte durch die Leitung der Schule.

Bethel.

— Orgelstunde Zion.

Sonnabend, den 4. März 1933, nachm. 5 Uhr pünktlich. Mitwirkende: Fräulein Annemarie Augenstein (Sopran).

Vortragsfolge:

1. Choral: Herr Jesu Christ, wahrer Mensch und Gott. Tonsatz J. S. Bach.
2. Orgel: Phantasie und Fuge G-Moll J. S. Bach.
3. Sopran: Arie: Seufzer, Tränen. J. S. Bach.
4. Orgel: a) Benediktus B-Moll aus op 59 Max Reger. b) Fuga C-Moll. Dr. H. O. Redecker, Bielefeld.
5. Sopran: Bist du bei mir. J. S. Bach.
6. Freies Nachspiel mit abschl. Bachchoral: Christus, der uns selig macht.

Eintritt frei. Kollekte zur Deckung der Unkosten.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.